

in Berlin und in der Deutschen Demokratischen Republik, gegen Ratifizierung der Verträge, für einen Friedensvertrag und kollektive Sicherheit.

2. Durchführung einer Volksabstimmung gegen die Pariser Verträge, für die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat.

3. Beratungen über gemeinsame Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen im Jahre 1955.

4. Beratungen über Fragen der Gestaltung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands.

Diese Vorschläge drücken auch den Willen der westdeutschen Arbeiter aus, die auf Kundgebungen, Demonstrationen, in Proteststreiks und Abstimmungen in den Gewerkschaften ihre Ablehnung der neuen imperialistischen Pläne zum Ausdruck brachten und von der Führung der SPD und des DGB tatkräftiges, außerparlamentarisches Handeln verlangten. Das widerspiegelte auch die Paulskirchen-Bewegung, der breite Massen der Arbeiter und friedliebenden Menschen ihre Sympathie und Bereitschaft, gegen die Pariser Verträge und die Remilitarisierungspolitik sowie für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu kämpfen, bezeugten. So wurden bei der in Dortmund durchgeführten Volksbefragung 170549 Stimmen, das sind rund 58 Prozent aller Wähler Dortmunds, gegen die Pariser Verträge abgegeben. In vielen Betrieben sprachen sich bis zu 90 Prozent der Arbeiter gegen die Remilitarisierung aus. Diese Bewegung kam jedoch durch die Haltung der SPD- und DGB-Führung zum Erliegen, als nach der Annahme der Pariser Verträge durch die Mehrheit des Bundestages Erich Ollenhauer erklärte, „eine Volksbefragung habe damit ihren Sinn verloren“. So gingen die rechten Führer der SPD damals der Kernfrage aus dem Weg, durch eine machtvolle Volksbewegung der aggressiven Pakt- und Rüstungspolitik ein Ende zu bereiten und den Weg der Verständigung und zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands zu beschreiten.

Auch als die Adenauer-Regierung als Folge der NATO-Verpflichtungen die Wehrpflicht einführte und sich eine breite Massenbewegung, vor allem unter der betroffenen Jugend, dagegen entwickelte, wandte sich unser ZK am 30. Juni 1956 an den Parteivorstand der SPD mit dem Vorschlag zu gemeinsamen Beratungen über die Fra-